

B e r n d S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

VIERTER TEIL: Wirtschaft und Staat

A. ARBEITSLOSIGKEIT UND STAAT

I. Weltwirtschaftskrise und Staatseingriffe

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit, das in den letzten Jahren nicht nur in der BRD, sondern in allen westlichen Industrieländern aufgetreten ist, ist als solches nicht neu. Die bisher größte ökonomische Krise des Kapitalismus und das größte Ausmaß an Massenarbeitslosigkeit gab es Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre während der ersten Weltwirtschaftskrise. Das ungeheure ökonomische und soziale Elend großer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung und die Masse von Firmenzusammenbrüchen ließen die Vorstellung von einer Selbststeuerung der Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe immer unhaltbarer werden. Die bis dahin vorherrschende liberale Ideologie, nach der sich der Staat möglichst aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten sollte, war durch die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise absolut brüchig geworden. Die tiefe Legitimationskrise des Kapitalismus hatte nicht nur Konsequenzen in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die in Deutschland direkt zum Faschismus führte und in den USA massive staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf (New Deal) hervorbrachte; sie führte auch zu einer grundlegenden Neuorientierung im ökonomischen Denken, die wesentlich mit dem Namen Keynes verbunden ist.

Keynes hat mit seiner 1936 veröffentlichten "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" mit den klassisch-liberalen Vorstellungen einer Selbstregulierung der Marktwirtschaft so gründlich gebrochen, daß manche - wie schon erwähnt - von einer "Revolution im ökonomischen Denken" sprachen. Galt bis dahin als herrschende Doktrin, daß der Staat sich in seinen Ausgaben auf ein Minimum beschränken sollte, so forderte Keynes drastische Erhöhungen der Staatsausgaben, um die Beschäftigung anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Galt bis dahin der Ausgleich des Staatshaushalts (d.h. die Abdeckung der Staatsausgaben durch entsprechend hohe Staatseinnahmen) als oberstes Prinzip öffentlicher Finanzpolitik, so forderte Keynes umgekehrt eine hohe Staatsverschuldung zur Finanzierung wachsender Staatsausgaben. Und galt bis dahin das Sparen nicht nur als individuelle Tugend, sondern auch gesamtwirtschaftlich als Voraussetzung für Investition und Wirtschaftswachstum, so sah Keynes im Sparen einen Grund für gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel und forderte Maßnahmen zur Erhöhung

des Konsums. So ungefähr alles, was zu den Grundweisheiten klassisch-liberalen ökonomischen Denkens gehört hatte, schien durch Keynes auf den Kopf gestellt zu werden.

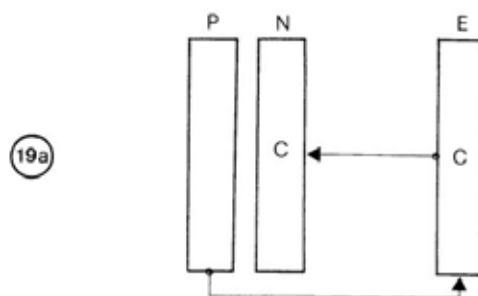
Wir brauchten uns mit diesen Gedanken nicht weiter auseinanderzusetzen, wenn sie nicht einen ungeheuren Einfluß auf das ökonomische Denken und auf die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer seit der ersten Weltwirtschaftskrise gehabt hätten und heute noch haben. Die Auseinandersetzung mit der keynesschen Theorie und mit der daraus abgeleiteten staatlichen Vollbeschäftigungspolitik macht es notwendig, daß wir uns mit der Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf vertraut machen.

II. Der Staat im Wirtschaftskreislauf

In unseren bisherigen Modellen haben wir ja bewußt davon abgesehen, den Einfluß staatlicher Aktivitäten auf den Wirtschaftskreislauf zu diskutieren. Diese Beschränkung war auch notwendig, um erst einmal die Mechanismen einer Marktwirtschaft herauszuarbeiten, wie sie ohne staatliche Eingriffe funktionieren (bzw. nicht funktionieren) würden. Mittlerweile hat aber der Anteil des Staates am Sozialprodukt in den westlichen Industrieländern ein solches Ausmaß erreicht (zwischen 40 % und 50 %), daß wir die heutige Realität nicht annähernd verstehen können, wenn wir den Staat weiterhin aus unserer Betrachtung ausklammern. Deshalb wollen wir im folgenden unsere Modelle um die Rolle des Staates erweitern.

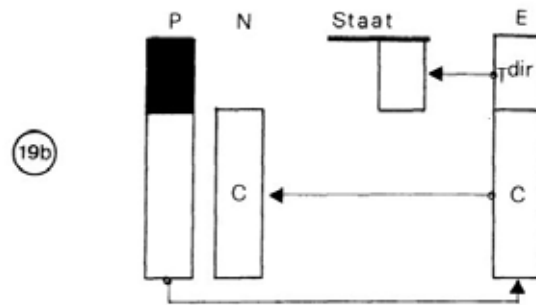
1. Direkte Steuer und Staatsausgaben

Der Staat (das sind in der BRD nicht nur der Bund, sondern auch die Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger usw.) benötigt zur Finanzierung seiner immer weiter anwachsenden Aufgaben entsprechende Mittel, die er sich über Steuern oder Kredite beschaffen kann. Betrachten wir zunächst einmal die Steuern. Ohne an dieser Stelle auf den Wust von Einzelsteuern einzugehen, die sich im deutschen Steuersystem herausgebildet haben, wollen wir uns darauf konzentrieren, die kreislaufmäßigen Auswirkungen von direkter Einkommensbesteuerung bzw. von indirekter (z.B. Umsatz-) Besteuerung zu verdeutlichen.



Das Modell in Abb. 19a, wo alle Einkommen konsumiert werden (C), soll uns als Ausgangsmodell dienen. Aus Abb. 19b wird dann deutlich daß die direkte Besteuerung der Einkommen (Gewinneinkommen oder Lohneinkommen) in Höhe von T^{dir} zu einer unmittelbaren Verminderung der Konsumnachfrage führt. Würde der Staat die Steuereinnahmen nicht oder nur zum Teil wieder ausgeben, so entstände in Höhe der

zurückbehaltenen Steuereinnahmen ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel. In beiden Fällen wäre das staatliche Budget (das Verhältnis zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben) nicht ausgeglichen. Es handelt sich um einen Einnahmenüberschuß (Budgetüberschuß).



Der durch Besteuerung entstehende Nachfrageausfall würde nur dann wieder ausgeglichen, wenn die Ausgaben des Staates (A_{St}) die gleiche Höhe annehmen würden wie die Steuereinnahmen (so jedenfalls in dieser einfachen Modell).

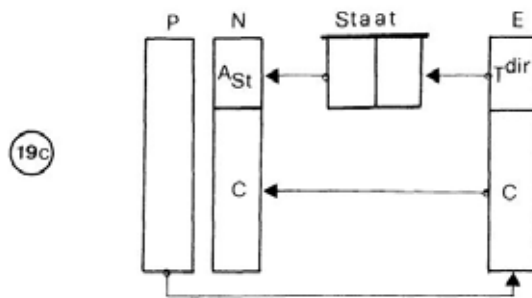
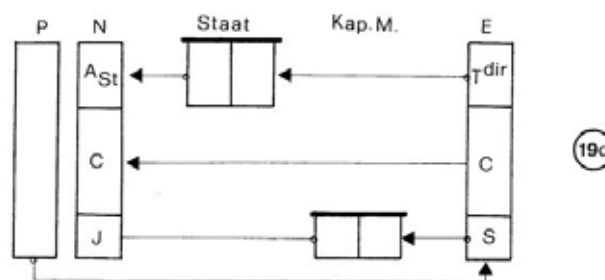


Abb. 19d berücksichtigt darüber hinaus, daß ein Teil der nach Steuerabzug verfügbaren Einkommen gespart wird und auf den Kapitalmarkt fließt, woraus in gleicher Höhe Investitionsnachfrage entsteht.



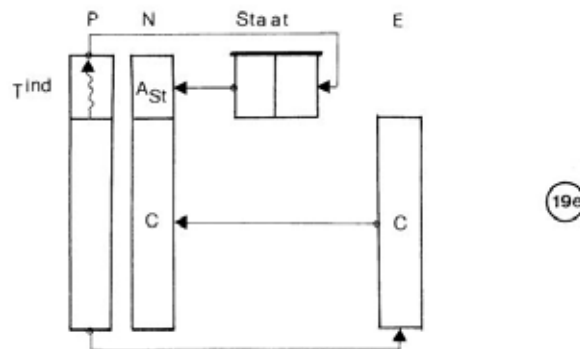
Bei ausgeglichenem staatlichem Budget (Staatsausgaben $A_{St} =$ Steuereinnahmen T) und bei einem Gleichgewicht zwischen privatem Sparen (S) und Investieren (I) ergibt sich demnach ein marktökonomisches Gleichgewicht, d.h. eine größenmäßige Übereinstimmung zwischen Gesamtproduktion P und Gesamtnachfrage N :

$$P = C + I + A_{St} \quad *)$$

*) In den ökonomischen Lehrbüchern hat sich - in Anlehnung an die von Keynes verwendeten englischen Begriffe - folgende Schreibweise durchgesetzt: $Y = C + I + A_{St}$. ($Y =$ Yield) s. hierzu und zur keynesschen Theorie im einzelnen Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Band 1, Teil 2 - 4, Bonn Bad Godesberg 1971.

2. Indirekte Steuer und Staatsausgaben

Wie schlägt sich demgegenüber eine indirekte Besteuerung im Wirtschaftskreislauf nieder? Nehmen wir z.B. die Umsatzsteuer: Die Unternehmen schlagen auf den Preis, der sich aus den Kosten plus Gewinnaufschlag ergibt, noch einen bestimmten Prozentsatz drauf. Die Absatzpreise ergeben sich aus der Summe dieser drei Bestandteile, sind also um den Betrag der Umsatzsteuer höher als in Abb. 19a. Ohne daß mehr produziert wird, blähen sich die Preise auf diese Weise auf (was durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 19e symbolisiert wird). Die Konsumenten, die vorher (in unserem Modell in Abb. 19a) das gesamte Sozialprodukt kaufen konnten, können angesichts der erhöhten Preise nunmehr nur noch einen Teil davon kaufen. Ihre Kaufkraft wird auf diese Weise indirekt über Preiserhöhungen (und nicht direkt über Einkommenbesteuerung) vermindert. Obwohl also die Unternehmen die indirekten Steuern an den Staat abführen, wird die eigentliche Steuerlast von den Konsumenten getragen.



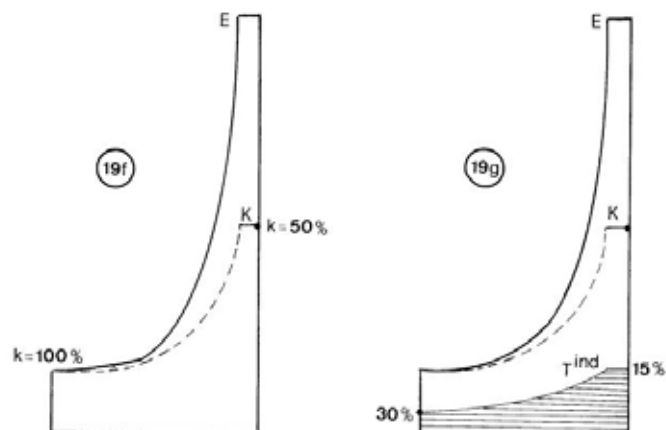
3. Die Steuerlast bei direkter und indirekter Steuer

In beiden Fällen, bei der direkten wie bei der indirekten Besteuerung, verschafft sich also der Staat die Verfügung über einen Teil des Sozialprodukts, die sonst den privaten Einkommensbeziehern zugestanden hätte. Dennoch gibt es einen Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer, nämlich in bezug auf die Verteilung der Steuerlast.

a) Die regressive Wirkung der indirekten Steuer

Dadurch nämlich, daß die indirekte Steuer auf die Preise draufgeschlagen und von den Unternehmen bis zum Endverbraucher weitergegeben wird, werden die Konsumausgaben aller Haushalte (gleichgültig welcher Einkommensschicht sie angehören!) gleichermaßen belastet. Egal, ob jemand 10.000 DM im Monat verdient oder nur 1.000 DM, in der gleichen Ware steckt für beide der gleiche absolute Betrag an indirekter Steuer (z.B. Mehrwertsteuer). Das heißt aber auch, daß beide im Verhältnis zu ihrer Einkommenshöhe ganz unterschiedlich stark mit Mehrwertsteuer belastet werden: Die gleichen 100 DM Mehrwertsteuer bedeuten für den einen 10 % seines Einkommens, für den anderen aber nur 1 %.

Nun wird derjenige mit den 10.000 DM-Einkommen freilich auch mehr konsumieren als der andere, vielleicht 5.000 DM, in denen dann (grob gerechnet) 500 DM Mehrwertsteuer enthalten sind. Aber diese 500 DM - bezogen auf 10.000 DM Einkommen - sind prozentual immer noch weniger als die 100 DM bezogen auf 1.000 DM Einkommen, nämlich nur 5 %. Je geringer also der Anteil der Konsumausgaben am Gesamteinkommen (die sog. Konsumquote), um so geringer ist prozentual die Belastung durch eine allgemeine indirekte Steuer (wie die Mehrwertsteuer). (Spezielle indirekte Steuern wie z.B. Alkoholsteuer, Tabaksteuer, Salzsteuer, Sektsteuer, Mineralölsteuer usw. belasten natürlich nur diejenigen, die auch die entsprechenden speziellen Waren kaufen. Aber auch hier handelt es sich ja im wesentlichen um Massenkonsumgüter, so daß hierfür - was die Steuerlastverteilung anlangt - im Prinzip das gleiche gilt wie für die Mehrwertsteuer.)



Zur Verdeutlichung dieses Prinzips wollen wir die folgenden Abbildungen heranziehen: In Abb. 19f wird von einer ungleichen Einkommensverteilung ausgegangen und von einer unterschiedlichen Konsumquote k ($= K : E$). Bei den niedrigsten Einkommen beträgt die Konsumquote 100 %, d.h. alles Einkommen wird vollkonsumiert, bei der höchsten Einkommensschicht soll sie 50 % betragen. In Abb. 19g ist darüber hinaus angenommen, daß die indirekte Steuer jeweils 30 % der Konsumausgaben ausmacht, was für die niedrigsten Einkommen auch 30 % ihrer Einkommen bedeutet, aber für die hohen Einkommensschichten nur 15 %. Die Zahlen sind hier willkürlich gewählt, und es sollte nur an einem möglichst einfachen Modell das Grundprinzip herausgearbeitet werden. In der Realität der BRD sind die ungleichen Belastungen durch indirekte Steuern zwischen den unterschiedlichen Einkommensschichten eher noch größer.

Wir können also als Ergebnis festhalten: Durch indirekte Steuern werden höhere Einkommensschichten relativ weniger belastet als niedrige Einkommensschichten. Es handelt sich also nicht um eine mit steigendem Einkommen prozentual ansteigende, "progressive" Besteuerung, sondern um das Gegenteil: um eine Besteuerung mit sogenannter "regressiver" Wirkung. (Regressiv = zurückgehend: je größer die Einkommen, um so mehr geht die relative Steuerbelastung zurück.)

Durch die indirekte Steuer werden also die ohnehin schon ungleich verteilten Einkommen nicht etwa einander angeglichen, sondern die ungleiche Verteilung der Kaufkraft wird auf diese Weise sogar noch verstärkt. Je größer die Einkommen, um so größer die Sparfähigkeit und entsprechend die Sparquote, um so größer also der Einkommensteil, der nicht von der indirekten Steuer erfaßt wird. (Und selbst dann, wenn diese Spargelder investiert werden, kommen sie praktisch um die Belastung durch Mehrwertsteuer herum. Auf den gekauften Produktionsmitteln liegt zwar auch jeweils Mehrwertsteuer, aber diese wird im Wege des sogenannten Vorsteuerabzugs von der Steuerschuld abgezogen. Und die auf der zusätzlichen Wertschöpfung lastende Mehrwertsteuer wird in die Preise inkalkuliert und auf die Abnehmer abgewälzt, bis hin zum Endverbraucher.)

b) Die Progression bei der direkten Steuer

Die dargestellte regressive Wirkung der indirekten Besteuerung kann allerdings durch eine progressive Gestaltung der direkten Besteuerung mehr oder weniger aufgehoben werden, d.h. durch eine relativ stärkere Belastung der höheren Einkommen mit direkter Steuer. So ist z.B. der Einkommensteuertarif im deutschen Steuerrecht so gestaltet, daß die Steuersätze mit wachsenden Einkommen ansteigen, bis zum Höchstsatz von 53 %. Auf diese Weise scheint die regressive Wirkung der indirekten Steuer mehr als ausgeglichen. Insgesamt scheint sich - aus der Summe von indirekter Steuer und direkter Steuer - eine progressive Belastung zu ergeben. Durch die inflationäre Aufblähung der Geldlöhne sind mittlerweile allerdings auch die mittleren und kleineren Einkommen zunehmend in die "Progressionszone" hineingewachsen, d.h. sie sind von steigenden Steuersätzen betroffen, die ursprünglich nur für die großen Einkommen gedacht waren.

Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten des deutschen Steuersystems einzugehen, soll mindestens kurz darauf hingewiesen werden, daß zwischen formalen Steuersätzen und tatsächlicher Steuerbelastung ein erheblicher Unterschied auftreten kann: Ganz abgesehen von den Möglichkeiten der Steuerhinterziehung, die sich für Selbständige viel eher bieten als für Lohnabhängige (denen die Steuer ja unmittelbar vom Bruttolohn abgezogen wird) bietet sich eine Vielfalt von legalen Möglichkeiten, um die tatsächliche Steuerbelastung zu reduzieren oder ihr ganz zu entgehen. Die Steuergesetzgebung ist derart undurchsichtig, daß es in erster Linie den Großverdienern unter Hinzuziehung von Steuerberatern bzw. den Unternehmen mit ihren Steuerberatungsabteilungen gelingt, die gegebenen Möglichkeiten voll auszunutzen.

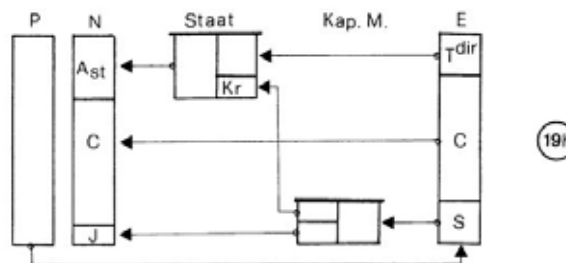
Wir hatten an anderer Stelle schon auf die Möglichkeit hingewiesen, mit dem Mittel der steuerlichen Abschreibung die ausgewiesenen Gewinne mehr oder weniger zu manipulieren und auf diese Weise die Gewinnbesteuerung mehr oder weniger zu umgehen. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich insbesondere für Multinationale Konzerne. Diese Konzerne, die mit ihren Strategien über die nationalen Grenzen hinweg operieren, sind in der Lage, mit Hilfe der konzerninternen Verrechnungspreise die auszuweisenden Gewinne aus einem ihrer

Unternehmen in ein anderes zu verlagern - und damit auch aus einem Land mit hohen Gewinnsteuersätzen in ein anderes Land mit niedriger Gewinnbesteuerung. Eine solche Gewinnverlagerung wird z.B. dadurch erreicht, daß ein Konzernunternehmen im Ausland die Rohstoffe oder Halbfabrikate zu gezielt überhöhten Preisen an ein Unternehmen desselben Konzerns in der BRD liefert. Auf diese Weise werden die Kosten des deutschen Unternehmen künstlich in die Höhe getrieben und damit der ausgewiesene Gewinn tendenziell geschmälert, während der Gewinn im Ausland entsprechend höher erscheint. Wenn es sich bei diesem Land um ein "Steuerparadies" handelt, ist der Konzern durch diese Manipulation einer höheren Besteuerung ausgewichen.

Die Liste der Möglichkeiten für die höheren Einkommensschichten und für die Großunternehmen, einer hohen Steuerbelastung auszuweichen, ließen sich beliebig fortsetzen. Es kommt an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten an, sondern zunächst einmal nur darauf, deutlich zu machen, daß die formal ansteigenden Steuersätze bei der direkten Besteuerung nicht gleichzusetzen sind mit einer tatsächlich steigenden Steuerbelastung. Die Umgehungsmöglichkeiten sind derart vielfältig, daß die tatsächliche Belastung der hohen Einkommen durch direkte Steuern mit Sicherheit wesentlich geringer ist, als dies in den progressiven Steuersätzen erscheint. Daß die hohen Einkommen außerdem durch die indirekte Steuer relativ weniger belastet werden, als die unteren Einkommensschichten, hatten wir ausführlich abgeleitet.

4. Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben

Die Ausgaben des Staates können nicht nur über Steuern finanziert werden, sondern auch über Kredite. In Abb. 19h ist unterstellt, daß die Hälfte der Staatsausgaben über Kredite finanziert wird, die am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Wenn wir davon ausgehen, daß das Kreditangebot am Kapitalmarkt gleich groß ist wie in Abb. 19d, so ist eine Kreditaufnahme des Staates nur möglich, wenn sich die Kreditaufnahme der Privatwirtschaft um den gleichen Betrag vermindert. Der Staat müßte also am Kapitalmarkt bessere Kreditbedingungen anbieten (z.B. bei sonst gleichen Bedingungen höhere Zinsen zahlen) als die privaten Kreditnehmer. In diesem Fall würde der Staat in Konkurrenz zu den privaten Investoren treten und deren Kreditaufnahme und damit auch Investitionsnachfrage zurückdrängen.



Es kann aber auch sein, daß die Ausstattung der Staatsanleihen so günstig ist, daß von den bisher konsumierten oder gehorteten Einkommen zusätzliche Gelder zum Kapitalmarkt strömen. In beiden Fällen würde das makroökonomische Gleichgewicht, von dem wir in

unserem Modell ausgegangen sind, nicht gestört. Lediglich die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, d.h. das Verhältnis zwischen Staatsausgaben, Konsumnachfrage und Investitionsnachfrage, würde sich verändern und damit die Verwendung des Sozialprodukts für staatliche Aufgaben, für Konsum bzw. für private Investitionen.

Was spricht nun eigentlich dafür, daß der Staat seine Ausgaben über Kredite anstatt über Steuern finanziert? Kredite müssen ja irgendwann einmal zurückgezahlt werden (einschließlich der Zinsen), und um diese Gelder aufzubringen, muß der Staat in Zukunft entweder seine Ausgaben senken oder mehr Steuern einnehmen. Ist die Kreditfinanzierung des Staatshaushalts insofern letztendlich nicht teurer, als wenn die Ausgaben vollständig über Steuern gedeckt würden?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß bedacht werden, daß der Staat vielfach Projekte finanziert, deren Nutzung sich über viele Jahrzehnte hinstreckt (z.B. Straßen, Schulen, Verwaltungsgebäude usw.). Würden diese langfristigen Projekte ausschließlich aus Steuern finanziert, dann wäre ausschließlich die gegenwärtige Generation der Steuerzahler belastet, während die Nutzung der Projekte auch von der nächsten oder übernächsten Generation in Anspruch genommen wird. Werden diese Projekte hingegen über Kredite finanziert, so werden dadurch auch die späteren Generationen belastet, indem sie die zur Kreditrückzahlung notwendigen Steuern aufbringen müssen.

Würde dieser Grundsatz durchgehalten, so müßte die Art der Finanzierung der Staatsausgaben und die Laufzeiten der Kredite abgestimmt werden auf die Laufzeit der Nutzung öffentlicher Projekte: Laufende öffentliche Ausgaben müßten über Steuern gedeckt werden, längerfristige Projekte über entsprechende Kredite. So ungefähr jedenfalls waren die erklärten Grundsätze öffentlicher Haushaltsführungen, bevor Keynes mit seiner Theorie alles über den Haufen warf.

III. Die Grundgedanken des Keynesianismus

1. Das Plädoyer für ein staatliches Budgetdefizit

Keynes vertrat nämlich die Auffassung, daß sich der Staat in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression und Massenarbeitslosigkeit verschulden müsse - und zwar nicht in erster Linie, um damit irgendwelche längerfristigen Projekte zu finanzieren, sondern vor allem, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In Zeiten wirtschaftlicher Depression die früher aufgenommenen Staatsschulden zurückzuzahlen und dafür die Steuern zu erhöhen, sah er als groben wirtschaftspolitischen Fehler an. So etwa war nämlich die Regierung des Deutschen Reiches unter Brüning Ende der 20er Jahre vorgegangen und hatte damit unglaublichen Schaden angerichtet: Um die Kriegsschulden (Reparationszahlungen) gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkriegs abzutragen, wurden die Staatsausgaben gekürzt und die Steuern immer weiter erhöht und auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage immer mehr gedrosselt. Fehlt es aber an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, so ergeben sich daraus Absatzkrisen, Entlassungen, Einkommensrückgänge, weitere Einschränkungen der Gesamtnachfrage, als Folge davon weitere Absatzkrisen, Firmenzusammenbrüche usw.

In einem Mangel an volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage sah Keynes den Hauptgrund für die langanhaltende Weltwirtschaftskrise der Dreissiger Jahre. Und er war der Meinung, daß eine Wirtschaft - mit ihrer Konjunktur einmal am Boden liegend - aus sich heraus auch keine Impulse für einen Wiederaufschwung hervorbringen müsse. Vielmehr könne sich alles auf ein makroökonomisches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung, d.h. bei Massenarbeitslosigkeit einpendeln: Es wird weniger produziert, es entstehen wenig Einkommen und damit auch wenig Nachfrage, und entsprechend gibt es auch keine Impulse für eine Ausdehnung der Produktion.

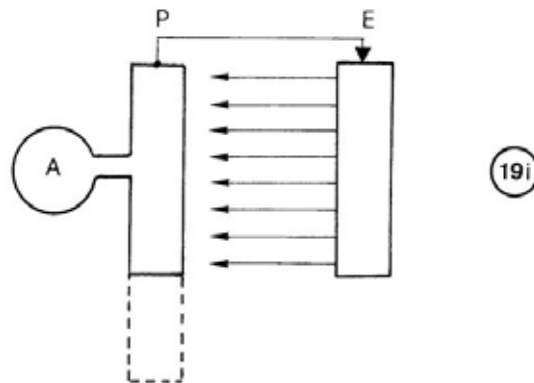


Abb. 19i stellt eine solche Situation dar: Ein Großteil der Produktionskapazitäten bleibt ungenutzt und liegt brach (symbolisiert durch den gestrichelten Block unter P), während auf der anderen Seite eine Masse von Arbeitskräften nicht beschäftigt wird (symbolisiert durch den Ballon). Zwar werden in diesen Fall alle entstandenen Einkommen nachfragewirksam, aber eben auf niedrigem Niveau von Produktion und Nachfrage.

In einer schweren wirtschaftlichen Depression kann es sogar sein, daß die Entwicklung immer weiter abwärts geht: Auch der niedrigste Zins nutzt nichts, um die Investitionsnachfrage anzutreiben. Sind die Absatzmöglichkeiten und Gewinnerwartungen der Unternehmen erst einmal miserabel, so werden auch bereitliegende Spargelder bzw. Gewinne nicht investiert, sondern - in Erwartung besserer Zeiten bzw. besserer Spekulationsmöglichkeiten - lieber gehortet und damit den Wirtschaftskreislauf entzogen (Abb. 19k). Die Folge wäre eine weitere Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung.

2. Finanzierung des Budgetdefizits über Staatsverschuldung und Geldschöpfung

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung machte Keynes den Vorschlag, der Staat solle in Zeiten der Krise seine Ausgaben drastisch erhöhen und auf diese Weise zusätzliche Nachfrage schaffen. Wofür der Staat seine Gelder ausgabe, sei im Grunde ziemlich egal, Hauptsache, er erteile zusätzliche Aufträge an die Privatwirtschaft. Und die Mittel sollte er sich nicht über zusätzliche Steuern beschaffen, weil dadurch nur die verfügbaren Einkommen und damit indirekt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vermindert würden. Stattdessen sollte sich der Staat am Kapitalmarkt verschulden und über günstige Anleihebedingungen die gehorteten Gelder mobilisieren (d.h. die Geldbesitzer zum Kauf von Staatsanleihen motivieren). Oder aber - noch besser - sollte er sich bei der Zentralbank verschulden, was nichts anderes heißt,

als daß sich der Staat zusätzlich gedruckte Gelder beschafft. Werden die Staatsausgaben über eine zusätzliche Geldschöpfung der Zentralbank (ZB) finanziert, so brauchen an keiner anderen Stelle der Volkswirtschaft Gelder aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgezogen zu werden.

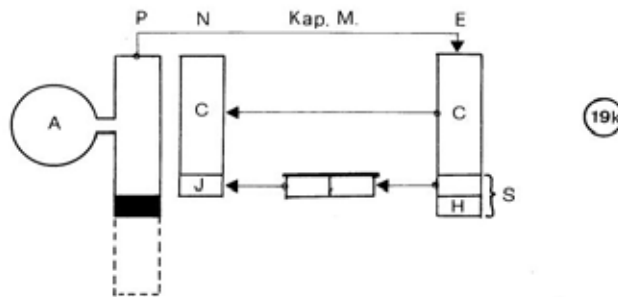


Abb. 19l will diesen Fall symbolisieren: Die zusätzlichen Staatsausgaben (ΔA_{St}) werden dadurch finanziert, daß der "Geldhahn" aufgedreht wird, d.h. zusätzliches Geld in die Wirtschaft fließt. ΔA_{St} ("delta A_{St} ") bedeutet dabei die Differenz zwischen den jetzigen und den früheren Staatsausgaben, bezeichnet also die Veränderung der Staatsausgaben.

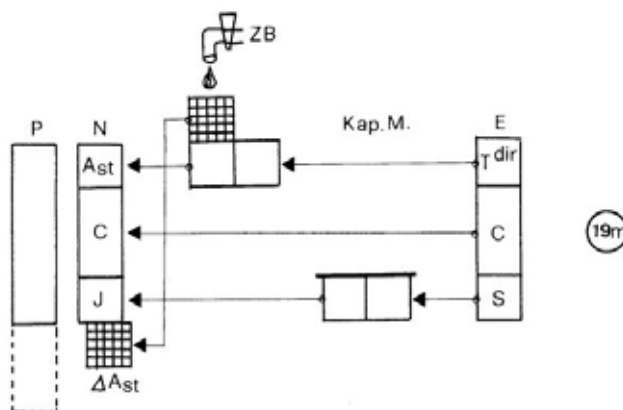
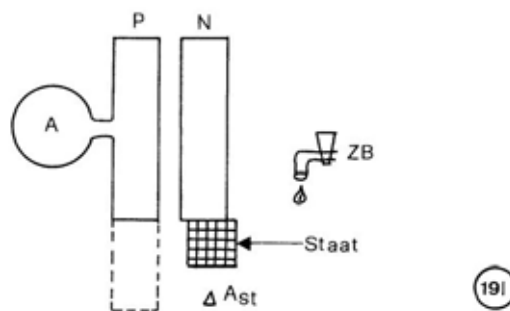


Abb. 19m stellt diesen Fall noch einmal im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf dar, und zwar unter der Annahme, daß vor Tätigung der zusätzlichen Staatsausgaben makroökonomisches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung vorlag.

3. Kreditschöpfung der Geschäftsbanken

Die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch finanziert werden über eine zusätzliche Kreditschöpfung von Seiten der Geschäftsbanken, eine Möglichkeit, die wir bisher überhaupt noch nicht erwähnt haben und die sich fast abenteuerlich anhört: Die Geschäftsbanken sind nämlich in der Lage, über den Betrag der Spareinlagen hinaus zusätzliche Kredite zu vergeben, die sie nicht von der Zentralbank bekommen, sondern selbständig - scheinbar aus dem Nichts - schöpfen können. Die Möglichkeit zur Kreditschöpfung der Geschäftsbanken hängt zusammen mit den bargeldlosen Zahlungen (durch Scheck bzw. Banküberweisungen) zwischen Inhabern von Girokonten. Die Inhaber von Girokonten können zwar prinzipiell jederzeit an ihre Konten heran und den Betrag in bar abheben (darin liegt der Unterschied zu den Sparkonten mit Kündigungsfristen), aber nur der kleinste Teil der Beträge wird tatsächlich in bar abgehoben. Über den größten Teil wird bargeldlos verfügt. Auf der Grundlage einer bestimmten Bargeldsumme kann das Geschäftsbankensystem deshalb ein Vielfaches an Krediten vergeben, und zwar um so mehr, je größer der Anteil an bargeldlosen Zahlungen im Zahlungsverkehr ist. (Einzelheiten hierzu siehe Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, a.a.O. Band 2, Kapitel 7.)

4. Die keynessche Provokation: wachsender Reichtum durch staatliches Budgetdefizit

Kommen wir zurück zu dem keynesschen Vorschlag, die Arbeitslosigkeit durch zusätzliche - am besten über Geldschöpfung finanzierte - Staatsausgaben zu beseitigen. Wofür der Staat diese zusätzlichen Ausgaben verwendet, ist in der Auffassung von Keynes ziemlich egal. Hauptsache, er schafft mit seinen Aufträgen an die Privatwirtschaft zusätzliche Nachfrage. Um diesen Standpunkt pointiert hervorzuheben, brachte Keynes einige provozierende Beispiele. Um die Beschäftigung anzukurbeln, könne der Staat seine Gelder für die nutzlosesten Projekte ausgeben, z.B. für den Bau von Pyramiden, oder noch krasser für das Auf- und Zuschaufeln von Löchern im Erdboden. So nutzlos diese Projekte auf den ersten Blick schienen, so sehr seien sie doch zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zur Steigerung des materiellen Reichtums einer Gesellschaft geeignet. Keynes:

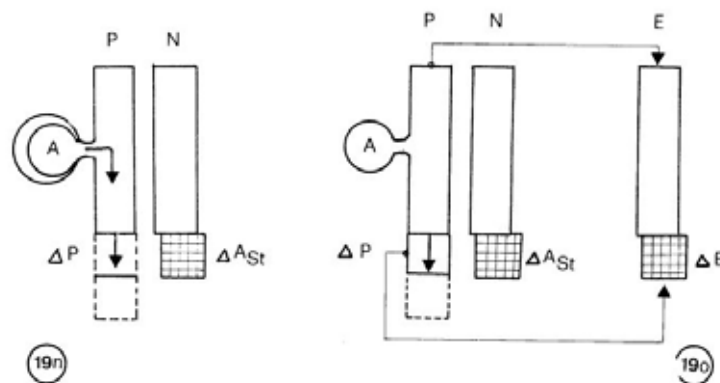
"Das Graben von Löchern im Erdboden ... wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das Realeinkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren." (J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, Nachdruck Berlin 1955, Seite 114)

Wenn man diese These zum ersten Mal hört, sträuben sich einem wohl erst einmal die Haare. Wie soll das Auf- und Zuschaufeln von Gruben den materiellen Reichtum einer Gesellschaft vergrößern? Ohne daß in die Gruben eine U-Bahn gebaut wird oder eine Kanalisation? Wenn die Gruben wieder zugeschaufelt sind, sieht doch alles genauso wie vorher aus, es sind keine sinnvolle Produkte hinzugekommen. Irgendwie scheint es, daß der Keynes total gesponnen haben muß. Aber wie kann sich eine solche Theorie dann durchsetzen? Irgendwas muß doch daran sein ...

a) Staatsaufträge und wachsende Produktion

Wenn der Staat bestimmte private Bauunternehmen damit beauftragt, Gruben auszuschaufeln, dann entstehen dadurch doch tatsächlich zusätzliche Aufträge an die Privatwirtschaft. Die Bauunternehmen werden vom Staat für die Durchführung der Aufträge bezahlt, und es können für die Durchführung dieser Arbeiten zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden. Auf diese Weise stehen doch tatsächlich gegenüber der Ausgangssituation zusätzliche Löhne und Gewinne. Und wenn der Staat die Aufträge ordentlich bezahlt, sind den Unternehmen die Gewinne sicher, die Übernahme der Staatsaufträge ist ohne jedes Risiko. Und darin liegt - gerade in Zeiten der Krise und schlechter oder unsicherer Gewinnerwartung - ein enormer Anreiz für private Unternehmen.

Derartige gewinnbringende Staatsaufträge werden also die Produktionstätigkeit um den Betrag der zusätzlichen Staatsausgaben ausweiten und zum Abbau von Kurzarbeit oder zur Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte führen. In Abb. 19n kommt es darin zum Ausdruck, daß die bisher unausgelasteten Produktionskapazitäten (dargestellt durch den gestrichelten Block) teilweise durch die Ausdehnung der Produktion wieder ausgelastet werden und gleichzeitig aus dem Ballon der Arbeitslosen zusätzliche Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß hineingesaugt werden, so daß sich der Ballon entsprechend verkleinert (wir können uns den Produktionsblock wie einen Zylinder mit Kolben vorstellen, wobei sich in dem hier erörterten Fall der Kolbenraum nach unten hin ausdehnt und dadurch zusätzliches Gemisch (aus Arbeitskräften und Materialien) angesaugt wird..)

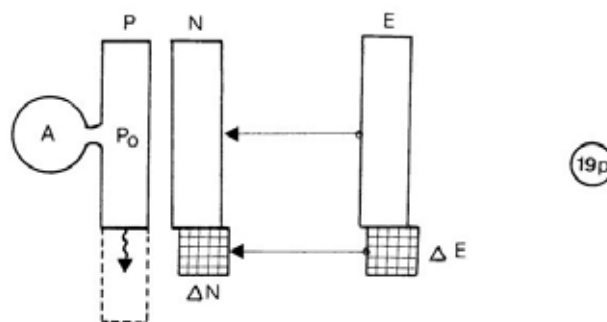


b) Wachsende Produktion und wachsende Einkommen

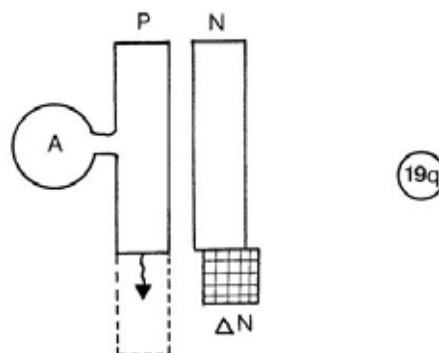
In Abb. 19o wird deutlich, daß aus der zusätzlichen Produktion, ΔP in Höhe der zusätzlichen Staatsaufträge ΔA_{St} entsprechend zusätzliche Einkommen ΔE entstehen. Das Volkseinkommen, die Summe aller in einem Jahr entstandenen Einkommen in einer Volkswirtschaft, ist damit tatsächlich angestiegen. Und wenn das Volkseinkommen ein Ausdruck ist für den materiellen Reichtum einer Gesellschaft, dann ist auch dieser Reichtum angestiegen. Hat Keynes also doch recht, daß auch die sinnloseste Produktion den Reichtum einer Gesellschaft erhöht, wenn sie über geldschöpfungsfinanzierte Staatsaufträge angekurbelt wird?

c) Anwachsen des Reichtums durch sinnlose Produktion?

Aber was ist das für ein merkwürdiger Begriff von materiellem Reichtum? Wenn auf der Produktionsseite gar nichts wirklich Neues entstanden ist, gar keine Waren, die sich die Einkommensbezieher kaufen können? Egal, ob die zusätzlichen Einkommen nun von den Lohnempfängern oder den Gewinnbeziehern wieder verausgabt werden, mit auf- und wieder zugeschaufelten Gruben kann keiner von ihnen etwas anfangen. Auf der einen Seite ist also das (von den privaten Einkommensbeziehern) kaufbare Warenangebot gleichgeblieben, auf der anderen Seite haben sich über die Staatsaufträge die Einkommen um ΔE erhöht. Werden diese Einkommen nun vollständig wieder verausgabt, so entsteht gegenüber dem kaufbaren Warenangebot P_0 ein Nachfrageüberhang in Höhe von $\Delta N = \Delta E$ (Abb. 19p). Mit anderen Worten: die Nachfrage kann gar nicht in voller Höhe bedient werden.



Die Folge wird sein, daß die Preise der Waren in die Höhe gehen, daß sich die kaufbare Produktion nur nominell, d.h. in den Preisen aufbläht, in der realen Menge aber auf dem alten Stand bleibt (dargestellt durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 19q). Anders ausgedrückt: die Folge besteht in einer Inflation.



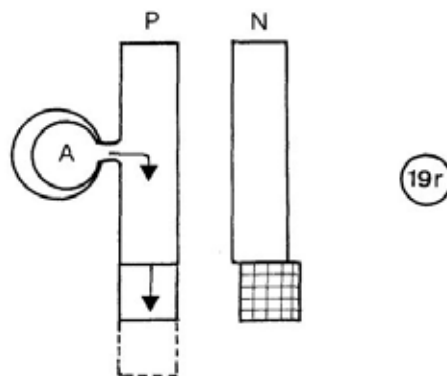
Ist etwa das gemeint, wenn bei Keynes von wachsendem Reichtum die Rede ist? Daß das Sozialprodukt zahlenmäßig ansteigt, indem sich die Preise inflationär aufblähen? Ist das nicht pure Augenschere: erst den Leuten mehr Einkommen zufließen lassen und ihnen dann über gestiegene Preise das Geld wieder aus der Tasche ziehen? So daß sie im Endeffekt auch nicht mehr kaufen können als vor der Einkommenserhöhung? Mit einem Unterschied vielleicht: vor der Erteilung der Staatsaufträge waren es die Arbeitslosen, die - wenn wir mal

von Arbeitslosenunterstützung absehen - gar nichts kaufen konnten. Nach Tätigung der Staatsausgaben verfügen hingegen die neu eingestellten Arbeitskräfte auch über ein Einkommen und können sich etwas kaufen. Aber nur deshalb, weil die durch Nachfrageüberhang entstandene Inflation die reale Kaufkraft der übrigen Einkommensbezieher vermindert hat. Diese werden sozusagen in ihrer Kaufkraft von den neu hinzugekommenen Beschäftigten zurückgedrängt.

Der Kuchen, der zur Verteilung ansteht, hat sich zunächst einmal nicht vergrößert, nur die Zahl der Esser ist größer geworden, und alle erheben mit ihrem Geld Anspruch auf ein Stück, und deswegen wird jedes Stück teurer. Wo bleibt da die angebliche Steigerung des materiellen Reichtums? Daß zwar mehr Leute beschäftigt werden und dadurch auch mehr Einkommen entstehen, aber daß sich mit einem gegebenen Einkommen aufgrund der Inflation immer weniger kaufen läßt? Wäre das im Grunde nicht reiner Betrug? Und hat das der Keynes wirklich gemeint?

d) Nachfrageüberhang und Ausweitung der Konsumgüterproduktion

Zu dieser Auswirkung würde es ja nur dann kommen, wenn der Nachfrageüberhang sich ausschließlich in Preiserhöhungen niederschlagen würde. Besteht aber nicht eine andere Möglichkeit darin, daß sich als Folge des Nachfrageüberhangs die Produktion z.B. in der Konsumgüterindustrie ausweitet, weil sich wieder genügend Gewinne machen lassen? Und daß die Preiserhöhungen vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung sind, die zwar zunächst bei gleichbleibender Produktion zu erhöhten Gewinnen führt, aber eben dadurch den Anreiz zur erhöhten Produktion schafft? Und wenn tatsächlich der Nachfrageüberhang schließlich zu einer entsprechenden Produktionsausweitung führt, werden wiederum zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, wird die Arbeitslosigkeit abgebaut, entstehen wiederum zusätzliche Einkommen. Und dies alles, indem in der Konsumgüterindustrie tatsächlich Waren produziert worden sind, die das kaufbare Warenangebot vergrößern (Abb. 19r).



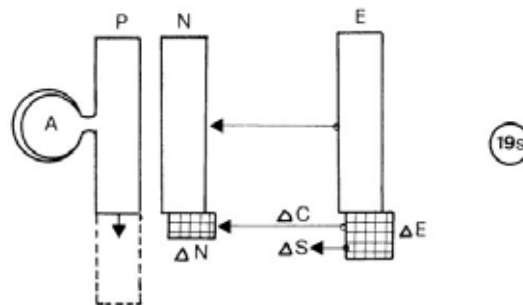
Insofern ist das in erster Runde zusätzlich entstandene Einkommen ΔE und die daraus folgende Nachfrage ΔN zunächst einmal dem gesamtwirtschaftlichen Angebot vorausgeeilt und hat die Produktion sozusagen mitgerissen. Der Nachfrageüberhang erscheint insofern notwendig, um eine krisenhafte Marktwirtschaft aus ihrer Lethargie herauszureien und die Produktion und Beschäftigung anzukurbeln. Je größer dieser Nachfrageüberhang, um so

größer der Impuls in Richtung weiterer Steigerung der Produktion, der Beschäftigung und der Einkommen. Diese indirekten Effekte zusätzlicher Staatsausgaben hat Keynes wohl mit seiner provozierenden These gemeint. Nicht, daß die auf- und zugeschaufelten Gruben selbst eine Erhöhung des materiellen Reichtums mit sich bringen, sondern der über zusätzliche Einkommen entstehende Nachfrageüberhang in der Konsumgüterindustrie, der dort eine Ausweitung der Produktion und des Warenangebots nach sich zieht.

e) Konsumquote und Multiplikatoreffekt

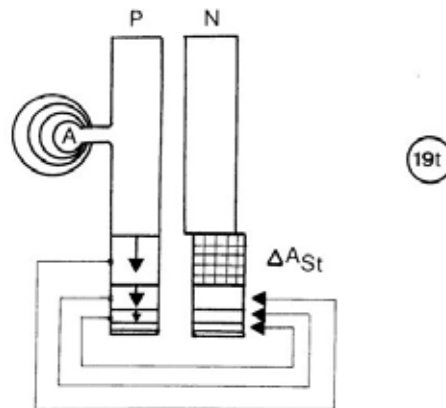
Nun ist klar, daß der produktions- und beschäftigungssteigernde Effekt zusätzlicher Staatsausgaben um so größer ist, je mehr die zusätzlich entstandenen Einkommen wieder verausgabt werden, d.h. als Nachfrage in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Wir hatten bisher der Einfachheit halber unterstellt, daß sämtliche Einkommen wieder vollständig nachfragewirksam werden. Aber diese Annahme ist sicherlich unrealistisch. Denn Teile der Einkommen sind Gewinneinkommen, und solange die Wirtschaft noch in der Krise steckt, ist überhaupt nicht sicher, ob diese zusätzlichen Gewinne wieder investiert oder ob sie nicht lieber spekulativ gehortet werden. Und auch bei den Lohneinkommen kann es sein, daß ein Teil gespart wird, und es ist gerade in Krisenzeiten unsicher, ob die Spargelder automatisch und in voller Höhe zu Investitionskrediten und damit zur Investitionsnachfrage werden.

Im Grunde ist nur sicher, daß die Konsumausgaben voll nachfragewirksam werden. Je größer also die Konsumquote der zusätzlich entstandenen Einkommen (die sogenannte "marginale Konsumquote" $c = \Delta C : \Delta E$), um so größer der produktionssteigernde Impuls zusätzlicher Staatsausgaben (in einer Formel ausgedrückt: $\Delta N = c \cdot \Delta A_{St}$), Bei der Konsumquote von $c = 50\%$ (Abb. 19s) z.B. entsteht entsprechend auch nur ein halb so starker Nachfrageimpuls wie in unserem bisherigen Modell in Abb. 19 p.



Die aus diesem Nachfrageimpuls hervorgehenden zusätzlichen Einkommen werden wiederum nur teilweise konsumiert und damit nachfragewirksam, was wiederum einen - wenn auch geringeren - Impuls zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung hervorbringt usw. Die in den folgenden "Runden" entstehende Nachfrageimpulse ebbten gegenüber den ursprünglichen Impulsen entsprechend immer mehr ab (dargestellt in Abb. 19t). Die Summe aller Impulse und damit die Steigerung von Einkommen und Beschäftigung beträgt dabei schließlich ein Vielfaches der ursprünglichen Staatsausgabenerhöhung. Keynes nennt diesen Effekt "Multiplikator-Effekt". Dieser Multiplikator-Effekt, d.h. die direkte und indirekte

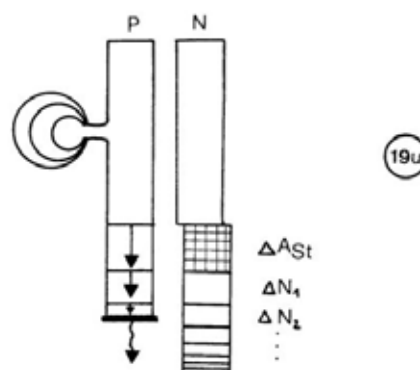
beschäftigungssteigernde Wirkung zusätzlicher Staatsausgaben ist um so größer, je mehr von den neu entstandenen Einkommen wieder nachfragewirksam vorausgibt werden (je größer also die marginale Konsumquote ist).



Jetzt wird auch verständlich, was wir am Anfang dieses Kapitels erwähnt hatten: Daß nämlich in der Auffassung von Keynes in Krisenzeiten das Sparen eine gesamtwirtschaftliche Sünde sei und das Konsumieren eine Tugend - entgegen allen klassisch-liberalen Auffassungen, die das Sparen als Tugend und als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum betrachte hatten. Das Beste, was für die Ankurbelung der Produktion und der Beschäftigung, d.h. auch für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan werden kann, ist nach Keynes ein möglichst vollständiges Konsumieren. Denn Sparen bedeutet zunächst einmal Nachfrageausfall, und es ist in Krisenzeiten überhaupt nicht sicher, ob daraus auch Investitionsnachfrage wird.

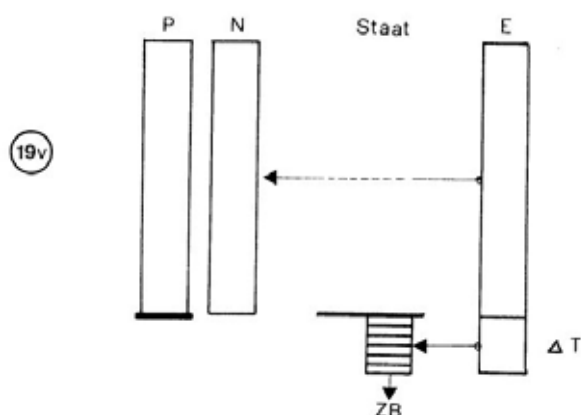
f) Unbegrenzttes Wachstum durch Geldschöpfung?

Wenn nun die Steigerung von Nachfrage, Produktion, Beschäftigung und Einkommen durch zusätzliche Staatsaufträge so einfach ist, müßte es dann nicht möglich sein, das Wirtschaftswachstum durch immer mehr Geldschöpfung beliebig zu steigern? Wobei das Gelddrucken den Staat ja praktisch nichts kostet? Hat Keynes mit der Idee der geldschöpfungsfinanzierten Staatsaufträge tatsächlich ein wirtschaftspolitisches Wundermittel erfunden, dessen Einsatz zu immer größerer materieller Produktion führt?



Ganz so unkompliziert ist der Einsatz der Geldschöpfung wiederum nicht. Sind die zusätzlichen Staatsausgaben und die davon ausgehenden Multiplikator-Wirkung so groß, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Produktionskapazitäten übersteigt, so muß es zur Inflation kommen. Sobald die Kapazitäten voll ausgelastet sind (symbolisiert durch den Querbalken in Abb. 19u), kann eine darüber hinausgehende Steigerung der Nachfrage nur noch durch Preissteigerungen aufgefangen werden (geschlängelter Pfeil in Abb. 19 u).

Spätestens ab dem Moment, wo die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das gesamtwirtschaftliche Angebot bei voll ausgelasteten Kapazitäten über steigt, müßten Maßnahmen zur Abschöpfung der überhängenden Nachfrage ergriffen werden, z.B. auf dem Wege über Steuererhöhungen (ΔT in Abb. 19v). Oder durch entsprechende Verminderung der Staatsausgaben. Oder durch Beeinflussung der übrigen Nachfragegrößen, z.B. Verteuerung der Kredite zur Drosselung privater Investitionsnachfrage. Steuererhöhungen wirken natürlich nur dann nachfragemindernd, wenn die Steuereinnahmen nicht wieder verausgabt werden, wenn sie nicht wieder in den Wirtschaftskreis zurückfließen. Entweder werden sie vom Staat stillgelegt (gehörtet), oder aber sie werden dazu benutzt, die von der Zentralbank (ZB) zur Konjunkturankurbelung aufgenommenen Gelder wieder zurückzuzahlen (wie in Abb. 19v). Auf diese Weise müßte ein überschwappen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage über die Produktionskapazitäten und damit eine Inflation verhindert werden können.

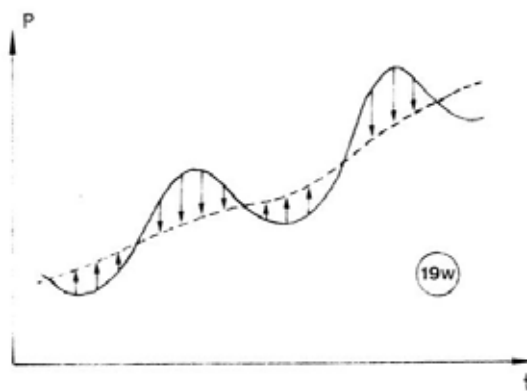


g) Die Konzeption einer antizyklischen Konjunkturpolitik

Was wir bisher abgeleitet haben, ist das Idealbild einer keynesschen Vollbeschäftigungspolitik: In Zeiten von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und unausgelasteten Kapazitäten soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über ein staatliches Budgetdefizit (einen Überhang der Staatsausgaben über die Einnahmen) erhöht werden und einen Multiplikatoreffekt auslösen in Richtung einer Steigerung von Produktion, Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage (Politik des "defecit spending"). Und zwar möglichst so lange, bis Vollbeschäftigung und Vollauslastung der Kapazitäten erreicht sind. Auf diese Weise sollte die Wirtschaft aus der Depression heraus und in die Hochkonjunktur geführt werden. Um ein Überschwappen der Nachfrage über die Produktionskapazitäten und die daraus folgenden Inflationstendenzen zu vermeiden, sollte in der Hochkonjunktur umgekehrt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit wirtschaftspolitischen Mitteln (z.B. durch

die Bildung eines staatlichen Budgetüberschusses) gedrosselt werden. (In einem Fall, wo die Nachfrage zwecks Konjunkturanhebung ausgedehnt wird, sprechen die Ökonomen von einer "expansiven Konjunkturpolitik", im anderen Fall von einer "kontraktiven" oder "restriktiven Konjunkturpolitik".)

Der Einsatz einer expansiven Konjunkturpolitik soll bewirken, daß eine Wirtschaft aus einer Depression und Arbeitslosigkeit herausgeführt wird (bzw. - vorbeugend angewendet - gar nicht erst in sie hineingleitet), der Einsatz einer kontraktiven Konjunkturpolitik soll verhindern, daß sich die Konjunktur "überhitzt" und eine Inflation hervortreibt. Die keynesianische Wirtschaftspolitik soll also gerade die zyklischen Schwankungen zwischen Wirtschaftskrise und Konjunkturüberhitzung glätten ("antizyklische Konjunkturpolitik") und auf diese Weise zu einem gleichmäßigen, stetigen Wirtschaftswachstum beitragen (symbolisiert durch die Pfeile in Abb. 19w).



h) Warum nicht gleich das Geld den Leuten schenken?

So absurd die keynesische Beschäftigungstheorie auf den ersten Blick erschien, so sinnvoll scheint sie doch bei näherer Betrachtung zur Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit bzw. zur Dämpfung einer überhitzten Konjunktur zu sein. Wenn es allerdings für die Beschäftigungswirkung in erster Linie um die aus den Staatsaufträgen zusätzlichen entstehenden Einkommen und deren Vorauszahlung geht, kann man sich fragen, warum der Staat den Leuten nicht gleich das Geld auf die Hand gibt. Warum soll er sie erst noch Gruben aus- und zuschaukeln oder Pyramiden bauen lassen, mit denen letztendlich doch niemand etwas anfangen kann?

In bezug auf die Nachfrageimpulse und die daraus folgende Beschäftigungswirkung ist tatsächlich anzunehmen, daß die Wirkung die gleiche wäre. Aber einen Unterschied würde es dennoch geben: in einem Fall würden die Arbeitslosen unmittelbar durch die Staatsaufträge beschäftigt, wenn auch in unserem Beispiel für vollkommen sinnlose Produktion. Aber sie wären eben beschäftigt. Und vielleicht würden sich auch gar nicht merken, wie sinnlos tatsächlich ihre Tätigkeit ist, wenn sie nur ihren Lohn dafür bekommen. Vielleicht schaukeln ja nicht dieselben Arbeiter die Gruben auf und zu, sondern das Aufschaukeln wird von der einen Bauunternehmung und das Zuschaukeln von einer anderen übernommen. Und auf diese Weise hat - aus Mangel an Überblick über die Gesamtzusammenhänge - vielleicht jeder sogar das Gefühl, etwas Sinnvolles zu verrichten. Auch wenn es aus übergeordneter Sicht absolut

sinnlos ist, was da produziert wird. Und mindestens haben die Beschäftigten subjektiv das Gefühl, mit ihrer Arbeitskraft gebraucht zu werden, und empfinden wahrscheinlich innerhalb einer Leistungsgesellschaft weniger Unzufriedenheit, als wenn sie arbeitslos sind und in ihrer sozialen Anerkennung und in ihrem Selbstwertgefühl abrutschen.

Von daher scheint sogar die sinnloseste Produktion einen Sinn zu bekommen, wenn durch sie eine Masse sonst arbeitsloser Menschen eingebunden, integriert wird. Im anderen Fall könnte sich aus der Masse von Arbeitslosen - selbst bei gleicher finanzieller Situation - ein Potential von Unzufriedenen entwickeln und unter Umständen ein nicht mehr kalkulierbares Risiko für die Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung". Sind die Leute erst einmal beschäftigt, egal womit und wofür, dann kommen sie unter Umständen nicht so schnell "auf dumme Gedanken". Von daher ist es eben doch ein Unterschied, ob man den Arbeitslosen das Geld so auf die Hand gibt oder ob sie an das Geld nur herankommen über Arbeit. Im übrigen würde langfristig wahrscheinlich auch die Arbeitsmoral der Beschäftigten untergraben, wenn sich das gleiche Geld auch ohne Arbeit durch staatliche Unterstützungszahlungen beziehen ließe (zumal in einer Gesellschaft, in der die entfremdete Arbeit vorherrscht).

Aber sind das nicht alles recht absurde Überlegungen, die wir hier angestellt haben? Sind das nicht alles Spitzfindigkeiten, die mit der Realität unseres Wirtschaftssystems nicht viel zu tun haben? Sind das nicht absolut künstliche und konstruierte Beispiele, die nur auf Effekthascherei hinauslaufen? Welcher Staat wird denn tatsächlich Gruben auf- und zuschaukeln lassen und dafür noch Geld ausgeben? In welchem Staat werden denn wirklich sinnlose Projekte in Auftrag gegeben, nur um die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten?

IV. Keynesianismus und Rüstungsproduktion

Das Beispiel mit den Gruben ist vielleicht wirklich unrealistisch und an den Haaren beigezogen. Aber verhält es sich nicht ganz ähnlich, wenn der Staat Rüstungsaufträge an die Privatwirtschaft vergibt? Handelt es sich nicht auch hier um eine Produktion, die von den Einkommensbezieheren gar nicht gekauft werden kann? Wer kann sich schon - außer als Spielzeug - Panzer und Raketen kaufen? Und werden solche Aufträge nicht häufig mit dem Hinweis gerechtfertigt, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden? (Eine ganz ähnliche Argumentation erleben wir ja seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Diskussion um die Atomkraftwerke.)

1. Überwindung der Weltwirtschaftskrise durch Rüstungsproduktion und Krieg

Tatsächlich haben Rüstungsaufträge immer wieder einen solchen beschäftigungssteigernden Effekt gehabt. Die USA zum Beispiel haben die tiefe Depression der Dreißiger Jahre erst mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs überwunden, wo die amerikanische Wirtschaft - wesentlich bedingt durch die steigenden Rüstungsaufträge - in einem Wirtschaftsaufschwung ohnegleichen hineingesteuert ist. (Siehe hierzu im einzelnen Baran/Sweezy: Monopolkapital, Frankfurt 1970, Abschnitt 7) Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es zunächst der Koreakrieg und dann der Vietnamkrieg, die der amerikanischen Wirtschaft enorme Impulse gaben. Diese Zusammenhänge zwischen Kriegsproduktionen und Wirtschaftsaufschwung sind den Experten an der Börse hinlänglich bekannt: Mit steigenden Rüstungsaufträgen steigen die Profite wesentlicher Industriezweige an, was sich "belebend" auf die Gesamtwirtschaft

auswirkt und die Aktienkurse in die Höhe treibt. Das Sterben von Menschen und die Zerstörung von Städten oder die militärische Verwüstung ganzer Landstriche durch Bombeneinsatz wirken sich belebend (!) auf die Wirtschaft aus! Und die Börsenexperten wissen, daß mit "Ausbruch des Friedens" der Zusammenbruch des Booms, der Hochkonjunktur droht. Nicht umsonst gibt es unter Börsenleuten den Ausdruck von der "Friedenspanik" und wenn schon Frieden, dann muß alles unternommen werden, um dennoch die staatlichen Rüstungsausgaben nicht absinken, sondern immer weiter ansteigen zu lassen. Und diese Politik mit dem Hinweis auf die daran gebundenen Arbeitsplätze abzusichern. Und ist es nicht logisch, daß diejenigen, die an den Rüstungsaufträgen Interesse haben, auch interessiert sind an einer Politik, die die internationalen Konflikte immer wieder anheizt? Und daß sie versuchen werden, auf die Politik der Regierung direkt oder indirekt Einfluß zu nehmen - direkt durch personelle Verflechtung zwischen Rüstungsindustrie und staatlicher Administration (besonders stark ausgeprägt in den USA), oder indirekt durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung - über ein Hochpeitschen der Angst vor der Arbeitslosigkeit oder vor dem äußeren Feind.

Was ist das für ein Wirtschaftssystem, das zur seiner eigenen "Belebung" der Hervorbringung von Zerstörung bedarf, oder mindestens der Produktion von Zerstörungspotential? Hat das noch etwas zu tun mit der Vorstellung von einer Produktion, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft, d.h. an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientiert? Hat sich hier nicht alles auf den Kopf gestellt und wird nicht das als "wirtschaftlich rational" bezeichnet, was für die Lebensbedürfnisse der Gesellschaft in höchstem Maße irrational, das heißt tendenziell lebenszerstörend ist?

2. Keynesianismus als Legitimation für Destruktion

Unser Beispiel mit den Gruben auf- und zuschaukeln war sehr absurd und unrealistisch. Aber es handelte sich dabei wenigstens nur um sinnlose Produktion, und das allein schon fanden wir absurd genug: Staatsaufträge zu erteilen und Menschen zu beschäftigen für etwas Sinnloses, nur um ihnen auf diesem Weg Einkommen und damit die Grundlage für ihrer Lebensunterhalt zukommen zu lassen und weitergehende Multiplikatoreffekte in Gang zu setzen. Ist es aber nicht viel absurder, wenn diese Staatsaufträge anstatt für sinnlose Produktion für zerstörerische Projekte vergeben werden, mit dem gleichen Hinweis, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden? Rechtfertigt sich denn auf einmal alles - auch die Produktion von Zerstörung - allein schon mit dem Hinweis auf die Beschäftigung? Und wenn die Vollbeschäftigung wirklich nur auf solchem Wege sichergestellt werden kann, ist es denn wirklich eine Rechtfertigung für solche Staatsaufträge? Oder muß das nicht vielmehr zu ganz schweren Anklage gegen die Struktur des ökonomischen Systems führen, das einen solchen Wirkungszusammenhang hervorgebracht hat? Und gegen eine Denkweise, die diesen Zusammenhang auch noch rechtfertigt, wie das der Keynesianismus tut?

Gewiß, Keynes selbst hat nicht empfohlen, die Staatsaufträge für Rüstungszwecke zu vergeben. Aber er hat - nicht zuletzt durch seine zynischen Beispiele wie das mit dem Löcher graben oder das mit den Pyramiden bauen - eine Denkweise gefördert, die die Frage nach dem "konkreten Gebrauchswert" der öffentlichen Aufträge vollkommen verdrängt; d.h. die Frage danach, was - neben dem Beschäftigungseffekt - ansonsten von diesen Staatsaufträgen an Auswirkungen auf die Gesellschaft ausgeht. Und in der Tat hat die keynessche

Beschäftigungstheorie in der Geschichte des Kapitalismus ihre wirksamste Anwendung bisher in den staatlichen Rüstungsaufträgen gefunden.

Der erste Keynesianer in der wirtschaftspolitischen Anwendung war übrigens - bevor noch Keynes seine Theorie veröffentlicht hatte - Hitler mit seiner staatlichen Beschäftigungspolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Wobei der Bau der Autobahnen von vornherein militärstrategische Ziele verfolgte und neben dem Autobahnbau der wesentliche Teil der Staatsausgaben alsbald in die unmittelbare Rüstungsproduktion geflossen ist. Die Massenarbeitslosigkeit konnte auf diese Weise tatsächlich abgebaut werden, aber um den Preis des Aufbaus einer Zerstörungsmaschine von historisch noch nie dagewesenem Ausmaß.

In den USA hingegen wurde unter Roosevelt Anfang der Dreißiger Jahre im Rahmen des sogenannten New Deal eine Beschäftigungspolitik betrieben, die stärker an der Ankurbelung der Friedensproduktion und dem Ausbau von Sozialprogrammen orientiert war und die nicht annähernd die "belebenden" Effekte für Produktion und Beschäftigung mit sich brachte. Auch in den USA wurde eine Überwindung der großen Depression - wie schon erwähnt - erst im Zuge der steigenden Rüstungsaufträge mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erreicht. (Siehe zum diesbezüglichen Vergleich der beiden Länder F. Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1972)

3. Staatliche Sozialprogramme statt Rüstungsaufträge?

Die erwähnten Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsaufschwung und Rüstungsaufträgen sind deprimierend genug. Aber müßte es nicht dennoch möglich sein, zur Überwindung einer Wirtschaftskrise und zur Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit zusätzliche Staatsausgaben auf gesellschaftlich sinnvolle Projekte zu lenken, z.B. in den Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens, in den Wohnungsbau, in die Lösung der Verkehrsprobleme, in den Umweltschutz usw.? Gibt es nicht genügend soziale Probleme in dieser Gesellschaft, die auf eine Lösung warten und wo der Staat mit seinen Aufträgen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte: einmal die Arbeitslosigkeit beseitigen bzw. verhindern, zum anderen zur einer Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme beitragen?

Nehmen wir z.B. den Bildungsbereich: Der Staat könnte Schulen und Universitäten bauen lassen und zusätzliches Lehrpersonal usw. einstellen. Würden nicht auch auf diese Weise zusätzliche Einkommen in Höhe der Staatsausgaben geschaffen? Müßte nicht auch hier in der zweiten Runde die Nachfrage nach Konsumgütern ansteigen und ein Multiplikatoreffekt zustandekommen? Oder wo liegt da der Unterschied zu den Rüstungsausgaben?

Ein Unterschied liegt schon einmal darin, daß sich eine Steigerung der Rüstungsausgaben erfahrungsgemäß immer leichter durchsetzen läßt als eine Steigerung der Bildungsausgaben oder der Sozialausgaben. Was kann dahinter stecken? Zum einen werden im Falle von Rüstungsaufträgen andere Bereiche der Wirtschaft von der staatlichen Nachfrage betroffen als im Fall von Bildungsausgaben. Im einem Fall sind es die großen Rüstungskonzerne, d.h. Bereiche der Wirtschaft, die mit den höchsten Grad an Kapitalkonzentration aufweisen, so etwa die Stahlindustrie, die Elektronische Industrie, die Flugzeug- und Automobilindustrie, die Mineralölindustrie usw. Und das, was sie vom Staat unmittelbar an Aufträgen bekommen, ist ihnen sicher und profitbringender als irgendwelche indirekten Effekte, die auf x Umwegen vielleicht durch den Bau von Schulgebäuden oder durch zusätzliche Nachfrage nach

Konsumgütern (und daraus folgende Nachfrage in vorgelagerten Sektoren) hervorgehen. Hinzu kommt, daß im Verhältnis zwischen Staat und Rüstungskonzernen kein wirklicher Markt existiert, sondern die Preise für die Rüstungsgüter direkt zwischen Staat und Konzernen ausgehandelt werden. Die Erfahrungen zeigen, daß die Rüstungskonzerne gegenüber dem Staat überdurchschnittliche Profitspannen einkalkulieren, die sich am Markt so ohne weiteres nicht durchsetzen ließen. Bei der Rüstungsnachfrage handelt es sich schließlich um eine völlig unelastische Nachfrage, deren Menge auch bei höheren und überhöhten Preisen nicht zurückgeht. Bessere Bedingungen für die Ausnutzung monopolistischer Macht lassen sich aus der Sicht der Konzerne kaum denken. Und bei entsprechender Anheizung der politischen Spannungen handelt es sich um eine schier unerschöpfliche Absatzmöglichkeit, zumal wenn die Rüstungsgüter durch ihren Einsatz im Krieg oder durch das schnelle Veralten von Waffensystemen immer wieder neu ersetzt werden müssen. Beim Einsatz der Staatsaufträge im Bereich von Bildungs- und Sozialausgaben lassen sich ähnlich günstige Profitmöglichkeiten nicht annähernd herstellen.

Ein anderer Aspekt kommt hinzu, und zwar derjenige des konkreten Gebrauchswerts der öffentlichen Aufträge. Wenn die Masse der Bevölkerung tatsächlich eine umfassende Ausbildung durchlaufen würde, unter guten Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle, dann würde es wahrscheinlich immer mehr Menschen geben, die die Struktur dieser Gesellschaft und dieser Wirtschaft durchschauen und auf eine Veränderung hin drängen würden. Immer weniger Menschen wären bereit, die Irrationalität dieses Systems und den vom Arbeitsprozeß und von der Erziehung ausgehenden Druck kritiklos und widerstandslos hinzunehmen. Die umfassende Bildung der Massen könnte zu einem Pulverfaß werden, das zu einer explosiven Entladung in Richtung einer Veränderung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse hindrängt. Das ist freilich keine zwingende Notwendigkeit, weil es ganz auf die Bildungsinhalte ankommt, die da vermittelt werden. Aber die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Massen ihrer eigenen Existenzbedingungen und Struktur der Gesellschaft zunehmend durchschauen, wäre sicherlich größer.

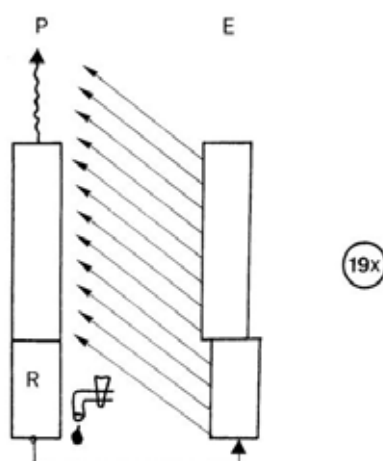
Werden hingegen die Rüstungsausgaben ausgeweitet, so geht davon auch eine Tendenz zur Militarisierung der Gesellschaft nach innen aus, mit einem entsprechenden Freund-Feind-Denken, mit dem schon immer von inneren gesellschaftlichen Konflikten abgelenkt wurde; und mit der Durchsetzung von Prinzipien wie "Zucht und Ordnung", d.h. von autoritären Denk- und Verhaltensmustern. Und derartige Vorstellungen und Verhaltensweisen dienen der Stabilisierung des Systems sicherlich mehr als die Herausbildung emanzipatorischer Tendenzen.

Diese und ähnliche Punkte machen es mindestens verständlich, daß insbesondere die großen Konzerne wenig Interesse an einer emanzipatorisch orientierten breiten Ausbildung der Massen haben, statt dessen aber großes Interesse an staatlichen Rüstungsaufträgen. Die Tatsache, daß sich bisher eine Steigerung der Rüstungsausgaben immer leichter durchsetzen ließ als eine Steigerung der Sozialausgaben, deutet darauf hin, daß von diesen Interessen ein gewaltiger Einfluß auf die staatliche Politik ausgegangen ist - auch wenn die Regierung formal-demokratisch von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt ist. Abstrakt wäre es schon denkbar, daß die Wirtschaft auch über steigende staatliche Sozialausgaben angekurbelt wird. Aber unter den konkreten Bedingungen des Kapitalismus und der konzentrierten Macht der großen Konzerne werden sich solche Programme und die gleichzeitige Einschränkung von Rüstungsprogrammen wohl nur wirksam durchsetzen lassen, wenn gleichzeitig die Macht der Konzerne eingeschränkt oder gebrochen wird.

4. Wachsender Militärhaushalt und Inflation

Kommen wir noch einmal zurück auf unser Modell in Zusammenhang mit der keynesschen Theorie. Dort hatten wir herausgearbeitet, daß von zusätzlichen (über Geldschöpfung finanzierten) Staatsausgaben A_{St} ein Multiplikatoreffekt ausgeht, der auch auf die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft, insbesondere auch auf die Konsumgüterindustrie übergreift und dort eine Steigerung der Produktion nach sich zieht. Selbst wenn der erste Impuls zusätzlicher Staatsausgaben sich auf sinnlose (oder destruktive) Produktion bezieht, gingen doch davon weitere Folgewirkungen aus, die zu einer Steigerung der kaufbaren Warenproduktion führten. Den steigenden Einkommen stand infolge dessen - wenn auch mit einiger Verzögerung und mit vorübergehenden Preissteigerungen - schließlich ein steigendes Warenangebot gegenüber. Diesen indirekten Effekt meint ja Keynes, wenn er vom steigenden Reichtum einer Volkswirtschaft durch zusätzliche Staatsausgaben spricht.

Bei diesem Modell waren wir allerdings davon ausgegangen, daß die zusätzlichen Staatsausgaben ΔA_{St} nur einen ersten Impuls zur Ankurbelung der Konjunktur liefern und daß sich der Prozeß des Wirtschaftsaufschwungs schließlich von selbst trägt. Wenn wir demgegenüber die Rüstungsausgaben betrachten, so sind sie längst zu einer Dauereinrichtung geworden, die jährlich einen großen und ständig wachsenden Teil des Staatshaushaltes verschlingt, und dies im wesentlichen unabhängig vom konkreten Konjunkturverlauf. Krisenzeiten und Arbeitslosigkeit werden allenfalls zur Rechtfertigung steigender Rüstungsausgaben herangezogen, aber in Zeiten überhitzter Konjunktur werden diese Ausgaben deswegen noch lange nicht wieder eingeschränkt. Dann sind es eben auf einmal politische und militärisch-strategische "Notwendigkeiten", die als Begründung herhalten müssen. Läßt sich unter diesen Bedingungen, d.h. angesichts der Dauerhaftigkeit der Rüstungsausgaben, die These vom steigenden Reichtum einer Volkswirtschaft aufrechterhalten, wenn darunter nicht nur das nominelle Anwachsen der Einkommen, sondern der Zuwachs an realer, gesellschaftlich nützlicher Produktion verstärkt wird?



Was die Rüstung angeht, so kommt man um die Erkenntnis nicht herum, daß hiermit dauerhaft eine Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen verbunden ist. In dem Maße,

wie diese Ressourcen in die Rüstungsproduktion (R) geflossen sind, können sie nicht mehr in andere Produktion fließen. Diese in Rüstung gebundene Ressourcen fehlen, wenn es um eine Erhöhung des kaufbaren Warenangebots in anderen Bereichen, etwa im Bereich des Konsums geht. Auf der anderen Seite entstehen aber im Zuge der Rüstungsproduktion Einkommen (des Rüstungssektors und der vorgelagerten Sektoren), die sich - wenn sie nicht z.B. über Steuern abgeschöpft bzw. gehortet werden - als Nachfrage auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft lenken. Sind in den übrigen Bereichen die Kapazitäten schon ausgelastet (Querbalken in Abb. 19x), so kommt es in diesen Bereichen notwendig zur Inflation (geschlängelter Pfeil in Abb. 19x). Zur Inflation kommt es freilich auch dann, wenn die staatlichen Sozialausgaben oder irgendwelche anderen Staatsausgaben über Geldschöpfung finanziert werden (symbolisiert durch den "Geldhahn"). Das Krisensymptom der Arbeitslosigkeit mag auf diese Weise abgebaut worden sein, an seine Stelle tritt ein anderes Symptom: eben die Inflation.

Wenn die Beseitigung von Arbeitslosigkeit mittels Geldschöpfung und Staatsausgaben eine Inflation hervortreibt, so erinnert das an die Symptombehandlung in der Medizin, wo mit starken Mitteln zwar die Kreislaufstörungen beseitigt werden, aber dafür z.B. Magenschmerzen entstehen. Und wo gegen die Magenschmerzen weitere Mittel verabreicht werden, die den Organismus schließlich immer kranker machen. Ist es mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kapitalismus ähnlich? Ist die keynessche Vollbeschäftigungspolitik auch nur ein Mittel der Symptombekämpfung, das den Patienten Kapitalismus immer kranker macht?

V. Die Durchsetzung des Keynesianismus in der BRD

1. Die Erschütterung des "Wirtschaftswunders" durch die Krise 66/67

Als sich der Keynesianismus in der BRD auch in der Wirtschaftspolitik durchsetzte (das war im Zuge der ersten größeren Krise mit Massenarbeitslosigkeit 1966/67), wurde er jedenfalls nicht nur vorgestellt als ein Mittel der Symptombekämpfung, sondern als ein Wundermittel, bei dessen richtiger Anwendung die schon für tot geglaubte Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ein für allemal in den Griff zu bekommen sei. Der Durchbruch der Krise 66/67 hatte ja das Vertrauen in die "soziale Marktwirtschaft" der BRD, die bis dahin mit dem Mythos des "Wirtschaftswunders" umgeben war, gründlich erschüttert.

In dieser krisenhaften Situation schien sich wiederum die marx'sche Theorie zu bestätigen, daß der Kapitalismus aus sich heraus mit Notwendigkeit immer wieder Krisen hervorbringen müsse, und das lange fast ungebrochene Wirtschaftswachstum der BRD schien mit der historischen Ausnahmesituation der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus zusammenzuhängen - eine Phase, die nun endgültig abgeschlossen schien. Die marxistischen Kritiker des Kapitalismus, die in der Phase des "Wirtschaftswunder" nur ausgelacht oder als "weltfremde Spinner" belächelt wurden (sofern man sie nicht vollständig ignorierte), schienen auf einmal wieder recht zu bekommen. Und das Interesse an der marxistischen Theorie wuchs mindestens in der Studentenbewegung Ende der 60iger Jahre und "drohte" auf breitere Kreise der Bevölkerung überzugreifen.

Die ökonomischen und sozialen Konflikte spitzten sich in einem Maße zu, daß sich die großen Parteien CDU und SPD zu einer "großen Koalition" zusammenschlossen, um

gemeinsames Krisenmanagement zu betreiben. Dies bedeutete gleichzeitig das Ende der ordoliberalen Epoche und die Ablösung von deren Symbolfigur L. Erhard als Bundeskanzler.

2. Stabilitätsgesetz und Krisenmanagement

In der Regierung der großen Koalition (Kiesinger/Brandt) wurde die Wirtschaftspolitik wesentlich bestimmt durch Wirtschaftsminister Karl Schiller, einen überzeugten und engagierten Keynesianer. Von ihm stammt der Ausspruch, der sich polemisch gegen die marxistischen Kritiker des Kapitalismus richtete und in dem er die keynesianische Auffassung in einem Satz zuspitzte: "Nicht Marx, sondern Keynes regiert die Stunde".

Mit anderen Worten: Seitdem es Keynes gibt und eine aus seiner Theorie abgeleitete Vollbeschäftigungspolitik, braucht es in der Marktwirtschaft keine Krisen mehr zu geben. Die marx'sche Theorie ist deshalb überholt und hat - wenn überhaupt - allenfalls für die Analyse des frühen Kapitalismus eine Bedeutung. Worauf es ankommt, ist lediglich, die Öffentlichkeit und die Politiker von den Möglichkeiten der keynesschen Politik zu überzeugen und für deren richtige Anwendung zu sorgen. Dies hatte sich Schiller selbst zur Aufgabe gesetzt: Den theoretischen und praktischen Nachweis zu führen, daß der Einsatz keynesianischer Wirtschaftspolitik im gemeinsamen Interesse aller Parteien und aller Gruppierungen einschließlich der Gewerkschaften liege. (Siehe hierzu im einzelnen J. Hufschmid: Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1971)

Mit dieser Begründung forderte Schiller eine gemeinsame "konzertierte Aktion" aller gesellschaftlich-relevanten Gruppen, in der eine gemeinsame Strategie der "Stabilitätspolitik" abgesprochen werden sollte: Expansive Konjunkturpolitik bei wirtschaftlicher Depression, restriktive Konjunkturpolitik bei drohender konjunktureller Überhitzung. Ergebnis dieses Zusammenwirkens war die Verabschiedung des "Stabilitätsgesetzes", mit dem die Möglichkeit antizyklischer Konjunkturpolitik im keynesianischen Sinn erstmals gesetzlich gesichert wurde. Die BRD verfügt seitdem über das "modernste konjunktur-politische Instrumentarium der westlichen Welt", und mit dessen Anwendung schien den Kritikern des Systems ein für allemal der Boden entzogen zu sein.

Tatsächlich konnte - unter Einsatz einer expansiven Konjunkturpolitik und zusätzlicher Staatsausgaben in Höhe von zunächst ca. 5 Milliarden DM - die Krise 66/67 relativ schnell überwunden werden, so schnell, wie es vorher kaum jemand erwartet hatte. Und die BRD-Wirtschaft steuerte in einen starken Boom. Aber die Euphorie über die Wirksamkeit keynesianischer Wirtschaftspolitik hielt nicht lange an. Zwar war die Arbeitslosigkeit fürs erste beseitigt, aber an ihre Stelle trat im Laufe der folgenden Jahre eine sich immer mehr beschleunigende Inflation. Und die Diskussion um die Gefahren einer Inflation nahmen immer breiteren Raum in der theoretischen und politischen Auseinandersetzung ein. Wir wollen uns im folgenden etwas näher mit der Einschätzung der Inflation und der von ihr ausgehenden Wirkungen befassen.